

29.05.24

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates „Nachhaltige Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes durch den Bund“

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 29. Mai 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

nach Prüfung der vom Bundesrat beschlossenen Entschließung „Nachhaltige Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes durch den Bund“ (BR-Drucksache 438/22 (Beschluss)) nimmt das Bundesministerium des Innern und für Heimat wie folgt Stellung:

Wie die Länder verfolgt auch der Bund das Ziel, gemeinsam mit den Ländern einen gut aufgestellten Zivil- und Katastrophenschutz zu erreichen. Die Stärkung des Zivilschutzes als eine Säule der Zivilen Verteidigung ist ein wichtiges Element, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands insgesamt zu befördern. Denn Gesamtverteidigung gelingt nur, wenn zivile und militärische Verteidigung Hand in Hand gehen.

siehe Drucksache 438/22 (Beschluss)

In den letzten Jahren hat der Bund im Bereich des Zivilschutzes und der ergänzenden Katastrophenhilfe (Bevölkerungsschutz) bereits erhebliche Haushaltsmittel und Unterstützungsleistungen bereitgestellt. Dies umfasst bspw. ein Sirenenförderprogramm des Bundes, den Aufbau der Mobilen Betreuungsreserve des Bundes (MBM 5000) bis hin zur Bereitstellung von Hubschraubern zur Waldbrandbekämpfung im Wege der Amtshilfe.

Die im Entschließungsantrag letztlich zu Recht als gemeinsame Aufgabe formulierte umfassende Stärkung des Bevölkerungsschutzes wird unter diesem Blickwinkel begrüßt. Auf die schwierige Haushaltssituation im Bund ist gleichwohl hinzuweisen. Bereits in der 219. Sitzung der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zu TOP 47 i. V. m. TOP 61 im Juni 2022 hat BMI mittels Protokollnotiz Haushaltsvorbehalt eingelegt und sich somit nicht der Länderforderung angeschlossen. Auch die Länder müssen ihrer originären Verantwortung in der föderalen Struktur gerecht werden und erheblich in den Brand- und Katastrophenschutz investieren.

Vor diesem Hintergrund wird die erneute Entschließung des Bundesrates in seiner 1043. Sitzung am 26. April 2024 „Umfassende Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Bund und Länder“ (Drucksache 135/24) begrüßt. Der Entschließung ist zu entnehmen, dass die Länder in den vergangenen Jahren erheblich in den Brand- und Katastrophenschutz investiert haben.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Saathoff